

## Landtagspräsident ehrt Makedonopoulos und Yüksel

Feierliche Veranstaltung im Landtag



**A**m 13. Oktober hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt die langjährigen Mitglieder der Ausländerbeiräte Gütersloh und Mönchengladbach, Jean Makedonopoulos und Gülistan Yüksel geehrt. Stellvertretend für viele, die sich für die politische Teilhabe und die Integration der Migranten in Nordrhein-Westfalen einsetzen, lobte Schmidt den unermüdlichen Einsatz der beiden Geehrten. Ohne ein solches Engagement, sei Integration nicht möglich. Es müsse daher in besonderer Weise hervorgehoben werden.

Sowohl Makedonopoulos als auch Yüksel sind über ihren Einsatz in den kommunalen Migrantenvertretungen auch zur Kommunal-

politik gekommen. Jean Makedonopoulos, der bis 2002 auch stellvertretender LAGA-Vorsitzender war, war CDU-Ratsherr in Gütersloh. Gülistan Yüksel ihrerseits ist Ratsfrau in Mönchengladbach für die SPD. Zugleich ist sie engagiertes Mitglied des LAGA-Vorstandes.

Unter den Gästen waren unter anderem die Staatssekretärin im Sozialministerium Cornelia Prüfer-Starck und Innenstaatssekretär Hans Krings. Viele Kandidaten und Kandidatinnen für die anstehenden Wahlen der Integrationsräte am 21. November 2004 wie auch zahlreiche Abgeordnete des Düsseldorfer Landtages waren ebenso dabei.

*Weitere Berichte ab Seite 2*

## 21. November 2004 ist Wahltag Innenminister Fritz Behrens und Sozialministerin Birgit Fischer rufen zur Wahl auf

Sowohl NRW-Innenminister Fritz Behrens als auch Sozialministerin Birgit Fischer haben in ihren Aufrufen alle wahlberechtigten Migrantinnen und Migranten aufgefordert, am 21. November von ihrem Wahlrecht Ge-



brauch zu machen. Die gewachsene politische Bedeutung der kommunalen Migrantenvertretungen könne durch eine hohe Wahlbeteiligung nochmals gestärkt werden. Gerade weil man das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten noch nicht habe, sei es wichtig die bestehenden Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung zu nutzen.

**Aufrufe Seite 5**

### AUS DEM INHALT:

Landtag und LAGA- NRW feiern gemeinsame Erfolge der Integration

Editorial

**Wahlaufruf**

Mehr Rechte, höhere Beteiligung  
Erste Integrationsräte in NRW gewählt

TRT-INT bleibt im Kabelnetz

Erziehung braucht das ganze Dorf

Neue Publikationen

Impressum

November 2004

## Feierstunde im Plenarsaal

# Landtag und LAGA NRW feiern gemeinsam Erfolge der Integration

Die feierliche Ehrung der beiden langjährigen Mitglieder der Ausländerbeiräte Gütersloh und Mönchengladbach – Jean Makedonopoulos und Gülistan Yüksel – war Anlass für zahlreiche Abgeordnete, Mitglieder der Ausländerbeiräte, Regierungsvertreter und Journalisten am 13. Oktober 2004 im Plenarsaal des Düsseldorfer Landtages zusammenzukommen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnete die Veranstaltung mit den Worten: „Ich halte das Thema „Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an der Kommunalpolitik für wichtig genug, um es im Herzstück der Demokratie unseres Landes, hier im Plenarsaal, zu debattieren.“

Dieser Aussage konnte Tayfun Keltek in seiner Begrüßungsrede nur zustimmen. Der LAGA-Vorsitzende bedankte sich bei den rund 200 Gästen für das große Interesse und hob besonders die „Anwesenheit so vieler wichtiger Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung, aus Verbänden und kommunalen Migrantinnenvertretungen“ hervor. Das zeige, so Keltek weiter, „wie wichtig die Frage der Integration, des friedlichen und gleichberechtigten Zusammenlebens von Mehrheitsgesellschaft und Migrantinnen und Migranten in NRW genommen wird und welchen Stellenwert dabei die politische Partizipation genießt.“

Bevor allerdings Professor Axel Schulte aus Hannover seinen Gastvortrag hielt, nahm LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltek gemeinsam mit Ulrich Schmidt die Ehrung von Gülistan Yüksel und Jean Makedonopoulos vor. Sichtlich bewegt bedankten sich die beiden Geehrten mit „Jungfernreden“ im Plenarsaal des Landtages.

Der offizielle Teil der Veranstaltung endete mit einem Vortrag zur „Notwendigkeit und Verbesserung der politischen Partizipationsmöglichkeiten der Migrantinnen und Migranten auf kom-



munaler Ebene“. Der Politologe Axel Schulte aus Hannover erläuterte dabei die dringende Notwendigkeit des kommunalen Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten. Zugleich bekräftigte er die Rolle der kommunalen Migrantinnenvertretungen. Diese könnten zur „Stärkung der Demokratie und zur Förderung der Integration, insbesondere auf kommunaler Ebene beitragen.“

Anschließend kamen die Gäste in der Bürgerhalle des Landtages zu einem Empfang mit Musik des türkisch-deutschen Duos „Calisgan & Heuser“ und einem türkischen Spezialitäten-Buffer zusammen.

## Porträt Gülistan Yüksel

Gülistan Yüksel, 44, wurde 1962 in der Türkei geboren. Sie lebt seit 1970 in Deutschland, ist verheiratet und Mutter von zwei Söhnen (18 und 13 Jahre alt). Gülistan Yüksel führt ein Taxiunternehmen.

Als amtierende Vorsitzende des Ausländerbeirats Mönchengladbach enga-

giert sie sich besonders für die Integration der in der niederrheinischen Stadt lebenden Migrantinnen und Migranten. Besonders liegen ihr die Schulerfolge von Kindern mit Migrationshintergrund am

Herzen. Da diese ihrer Auffassung nach nicht ohne die aktive Mitwirkung der Eltern gelingen können, trieb Gülistan Yüksel in den vergangenen Jahren die Elternarbeit in Mönchengladbach voran. Zusammen mit der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien Mönchengladbach (RAA) hat der Ausländerbeirat Informationsabende für Eltern durchgeführt sowie Sprachkurse für Eltern ins

Leben gerufen.

Diese Verbesserung aus den letzten Jahren will sie auch nach der Wahl zum neuen Integrationsrat fortführen. Ebenso will sie sich für die Fortführung eines ganz besonderen Projekts einsetzen: Der Multi-Kulti Kinderkarneval. Die jährliche Karnevalsveranstaltung führt die Kinder unterschiedlichster Herkunft zusammen und wird in Mönchengladbach gut angenommen.

Neben ihrer Tätigkeit im Ausländerbeirat, dem sie seit 1995 angehört und dessen Vorsitzende sie seit 1997 ist, erfüllt Gülistan Yüksel auch die Aufgaben als Ratsfrau. 2002 für die SPD in den Mönchengladbacher Stadtrat nachgerückt, wurde sie am 26.9.2004 erneut gewählt. Bisher hat sie für ihre Fraktion im Sozial-, Schul- und Kulturausschuss gewirkt.

Und als wäre das noch nicht genug, bringt sie ihre Erfahrung und ihr Engagement auch in die Vorstandsarbeit der LAGA NRW ein.

Was sagt ihre Familie dazu? „Ich habe die Unterstützung meines Mannes und meiner Söhne. Aber ich habe schon ein schlechtes Gewissen, dass ich oft nur



wenig Zeit für die Familie habe", gibt Gülistan Yüksel unumwunden zu. Doch sie scheint auch Vorbild für ihren älteren Sohn zu sein. Der lässt sich nämlich von der Mutter gerade in die politische Arbeit einführen.

## Porträt Jean Makedonopoulos

Jean Makedonopoulos gehört zu den Zuwanderern der ersten Stunde. Ebenso ist er einer der ersten gewesen, die sich politisch für die Belange der Migrantinnen und Migranten in Gütersloh und darüber hinaus im Land NRW engagiert haben. Der LAGA Vorsitzende Tayfun Keltek bezeichnet ihn als einen der Wegbereiter für diejenigen Menschen mit Migrationshintergrund, die in kommunalen Migrantvertretungen, Parteien und zunehmend auch in Stadt- und Gemeinderäten Verantwortung übernehmen.

1961 nach Deutschland gekommen, engagierte er sich schon bald in Vereinen und in der Einzelfallhilfe. Doch Jean Makedonopoulos merkte bald, dass das soziale Engagement an seine Grenzen stößt, wenn es keine politische Unterstützung in der Kommune gibt. Und diese Unterstützung hat Jean Makedonopoulos in Gütersloh mit organisiert. Schon 1971, als die ersten Vorläufer der

heutigen Ausländerbeiräte berufen wurden, war er dabei. Später wurde er stellvertretender Vorsitzender des direkt gewählten Ausländerbeirates und seit 1989 bis jetzt ist er Vorsitzender des amtierenden Beirates in Gütersloh. Seine stets kooperative und kompromissbereite Arbeitsweise brachte Makedonopoulos Anerkennung von allen Seiten und erleichterte die politische Berücksichtigung der Anliegen des Ausländerbeirates.

Der nächste Schritt war seine Erkenntnis, dass Ausländerbeiräte auf Landesebene zusammenarbeiten müssen, wenn sie über den kommunalen Bereich hinaus etwas erreichen wollen. Jean Makedonopoulos gehörte zum Gründerkreis der LAGA NRW und war bis 2002 stellvertretender Vorsitzender.

1998 tat Jean Makedonopoulos schließlich das, wozu er und die gesamte LAGA NRW die Migrantinnen und Migranten seit jeher auffordern: Er trat einer deutschen Partei bei. Die CDU, die Partei seiner Wahl, stellte ihn ein Jahr später als Kandidat zur Kommunalwahl auf. Jean Makedonopoulos wurde 1999 das erste nicht-deutsche Mitglied des Rates der Stadt Gütersloh. Während seiner fünfjährigen Ratstätigkeit engagierte Jean Makedonopoulos sich unter anderem im Schul- und im Sozialausschuss. Die Ausschüsse, die sich am stärksten

mit den Interessen der Migrantinnen und Migranten befassen.

2004 hat der inzwischen 70-Jährige nicht wieder für den Rat und auch nicht für den von ihm mit initiierten Integrationsrat kandidiert, was über Parteigrenzen hinweg mit Bedauern konstatiert wurde. Doch kurz vor Ende seiner politischen Mandatsausübung wurde Jean Makedonopoulos mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Eine Auszeichnung, die von allen Seiten große Zustimmung erfuhr und deshalb auch mit einem feierlichen Festakt begangen wurde.

### HANDREICHUNG FÜR DIE ARBEIT DER KOMMUNALEN MIGRANTEN- VERTRETUNGEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN

**A4-Broschüre, ca. 32 Seiten,  
kostenlos zu bestellen über die  
LAGA NRW, Helmholtzstr. 28,  
40215 Düsseldorf**

## „Notwendigkeit und Verbesserung der politischen Partizipationsmöglichkeiten der Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene“

Wir dokumentieren die Thesen zum Vortrag von Professor Dr. Axel Schulte anlässlich der gemeinsamen Veranstaltung des Landtages und der LAGA NRW.



### Thesen zum Vortrag

#### 1.

In der Einwanderungsgesellschaft ist ‚Partizipation‘ ein zentrales Element und Erfordernis der gesellschaftspolitischen Zielsetzung der Integration, vor allem aber des menschen- und verfassungsrechtlich verankerten Prinzips der Demokratie.

#### 2.

In der Wirklichkeit demokratischer politischer Systeme gibt es einerseits vielfältige Möglichkeiten, andererseits aber auch gravierende Schwierigkeiten und Hindernisse für Partizipation. Erhebliche Strukturdefekte der Demokratie existieren auch bei den politischen Partizipationsmöglichkeiten der Migranten.

#### 3.

Zum Abbau der Diskrepanzen, die zwischen Anspruch und Wirklichkeit von Demokratie und Partizipation bestehen,

ist eine Demokratisierung der Demokratie erforderlich; dazu gehört auch eine Verbesserung der Möglichkeiten zur politischen Partizipation von Migranten.

#### 4.

Die beratenden Gremien und Interessenvertretungen der Migranten sind zwar kein Ersatz für das demokratische Recht auf gleiche politische Freiheit, sie können aber zur Stärkung der Demokratie und zur Förderung der Integration, insbesondere auf kommunaler Ebene beitragen.

#### 5.

In der Praxis sind die beratenden Gremien und Interessenvertretungen der Migranten mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert; daher sind Überlegungen, Diskussionen und Maßnahmen erforderlich, die auf eine innovative Bewältigung dieser Probleme und eine institutionelle Weiterentwicklung gerichtet sind.

Liebe Freundinnen und Freunde,

die ersten Wahlen zu den kommunalen Migrantinnenvertretungen haben bereits am 26. September 2004 parallel zu den Kommunalwahlen stattgefunden. Die Ergebnisse sind ermutigend für den großen Wahltag am 21. November 2004: Überall dort, wo der bisherige Ausländerbeirat durch ein neues Gremium – Integrationsrat oder Integrationsausschuss – ersetzt wurde, gab es einen deutlichen Anstieg der Wahlbeteiligung. Die größten Zuwächse verzeichneten Wessel und Dormagen mit fünf bzw. drei Prozentpunkte auf jeweils 24,1 und 17,8 Prozent. In den Kommunen, in denen erneut Ausländerbeiräte gewählt wurden, gab es nur in Ausnahmefällen eine höhere Beteiligung als im Jahr 1999.

Dennoch: Angesichts der Tatsache, dass die Kandidatinnen und Kandidaten ohne die finanzielle und logistische Unterstützung großer Parteiapparate für die Wahl werben müssen, sind die genannten Ergebnisse beachtlich. Schließlich verzeichnet man in den letzten Jahren eine tendenziell sinkende Beteiligung bei allen Wahlen. Bei den letzten Kommunalwahlen gab es in einzelnen Teilen verschiedener Städte sogar eine Wahlbeteiligung unter 20 Prozent.

So sieht sich die LAGA NRW mit ihrem Engagement für eine Reform der kommunalen Migrantinnenvertretungen bestätigt. Dort, wo die politische Gestaltungskraft größer wird, steigt auch das Interesse und damit die Wahlbeteiligung. Das ist ein ermutigendes Zeichen für eine demokratische Gesellschaft!



Und mit dieser Erkenntnis wollen wir in den nächsten Wochen bis zum 21. November die Migrantinnen und Migranten im Land mobilisieren. Der Wahlkampf in den Städten und Gemeinden muss vor Ort von den Kandidatinnen und Kandidaten geleistet werden, begleitet und unterstützt von den örtlichen Geschäftsstellen der kommunalen Migrantinnenvertretungen. Wie schon vor fünf Jahren wird auch die LAGA NRW in der verbleibenden Zeit ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken: Den Auftakt dazu machte die gemeinsame Veranstaltung der LAGA NRW mit dem Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt, über die wir ausführlich in der vorliegenden Ausgabe unseres Info-Dienstes berichten. Hier finden Sie auch wieder nützliche Hinweise für die Wahlwerbung in Ihrer Stadt. Darüber hinaus wird von der Geschäftsstelle der LAGA NRW die Pressearbeit verstärkt. Von Seiten einiger Presse- und Rundfunkorgane haben wir bereits die Zusage, dass die Wahlen zu den Migrantinnenvertretungen in der Berichterstattung Raum finden werden. Unabhängig von der Beurteilung unserer Arbeit in Presse und Rundfunk, ist der LAGA NRW wichtig, dass die politische Arbeit von und für Migrantinnen und Migranten größere Beachtung finden möge. Auch das ist ein ermutigendes Zeichen für die Stärkung der politischen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten.

Viel Erfolg für die Wahl wünscht Ihnen Ihr

*Tayfun Keltek*

Tayfun Keltek  
Vorsitzender LAGA NRW

# Wahlaufruf ...

## Sehr geehrte Damen und Herren,

In 2004 – überwiegend am 21. November 2004 – werden in Nordrhein-Westfalen die kommunalen Migrantenvertretungen neu gewählt. In sechzig Städten und Gemeinden wird dabei der bisherige Ausländerbeirat von einem Integrations- oder Migrationsrat ersetzt. Diese Neuerung stellt einen wichtigen Schritt für eine bessere politische Beteiligung der hier lebenden Migrantinnen und Migranten dar. Denn, anders als bisher, erhalten die Integrationsräte Rechte, die denen der übrigen Ratsausschüsse vergleichbar sind. In den Integrationsräten werden direkt gewählte Migrantenvertreter mit stimmberechtigten Ratsmitgliedern gemeinsam beraten. Es besteht also die große Chance, die Belange der Migrantinnen und Migranten in den Städten und Gemeinden zum Thema der Kommunalpolitik insgesamt zu machen. Nur so wird die Integration auch gelingen: Wenn Migrantinnen und Migranten für ihre Stadt Verantwortung und die politischen Vertreterinnen und Vertreter Verantwortung für die Integration übernehmen. Auf diese Weise kommt die politische Partizipation der Zugewanderten ein gutes Stück voran.



Ich weiß, dass wir noch nicht am Ziel sind. Die Landesregierung setzt sich ebenso wie die LAGA NRW seit Jahren für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle hier dauerhaft lebenden Migrantinnen und Migranten ein. Das scheitert derzeit an der fehlenden Mehrheit für eine Änderung des Grundgesetzes.

Doch gerade deshalb ist es wichtig, dass alle Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung von den Migrantinnen und Migranten genutzt werden. Je höher die Wahlbeteiligung zu den kommunalen Migrantenvertretungen desto stärker wird ihr politisches Gewicht in den Städten und Gemeinden sein. Um so leichter werden es die gewählten Mitglieder haben, sich für die Belange der Migrantinnen und Migranten einzusetzen.

Ich bitte Sie daher eindringlich: Machen Sie Gebrauch von Ihrem Wahlrecht. Informieren Sie sich in Ihrer Stadt über die Listen, die für den Integrationsrat oder – in Ausnahmen – für den Ausländerbeirat antreten. Prüfen Sie, welche Liste oder Person Ihren Vorstellungen am nächsten kommt und unterstützen Sie diese mit dem Gewicht Ihrer Stimme.

**Birgit Fischer**  
**Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen**  
**und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen**

# Wahlaufruf ...

*Ihre kommunale Migrantenvertretung baut Ihnen eine Brücke!  
 Wer „seine“ kommunale Migrantenvertretung wählt, will,  
 dass Zugewanderte und Bürger zusammengehören.*

*Deshalb gilt:*

*Für Menschen mit gutem Willen sind kommunale Migrantenvertretungen das Beste, was es derzeit im Sinn gelingender Partizipation und Integration gibt!*

Am 21. November 2004 wird in mehr als 90 Städten in Nordrhein-Westfalen die kommunale Migrantenvertretung gewählt.

Liebe Migrantinnen und Migranten, ich möchte Sie ermuntern, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wenn Sie der Migrantenvertretung Ihre Stimme geben, bestimmen Sie mit, was in Ihrer Stadt passiert. Ihre kommunale Migrantenvertretung gibt Ihnen die Möglichkeit der Integration durch politische Teilhabe. Zugleich zeigen Sie mit Ihrer Wahlbeteiligung, dass Zugewanderte und Bürger zusammen gehören.

Ob Ausländerbeirat, Migrationsrat, Integrationsrat oder als Gremium mit einer anderen Bezeichnung – Migrantenvertretungen beteiligen sich aktiv an der Kommunalverwaltung. Sie erkennen die Kommunalverfassung an und arbeiten auf dieser Grundlage mit den Räten zusammen. Damit gestalten sie Integration: Einen Prozess, der Zugewanderten und Bürgern gemeinsam aufgegeben ist und der sie zusammenführt. Ihre Migrantenvertretung baut Ihnen eine Brücke zur Kommunalpolitik. Migrantenvertretungen transportieren auch die Anliegen derjenigen Migranten in die Kommunalverwaltung, die sich nicht an der Kommunalwahl beteiligen konnten.

Die direkt in die Migrantenvertretung gewählten Mitglieder eröffnen unserer Kommunalverwaltung neue Perspektiven. Sie tragen andere kulturelle Ansätze an sie heran und können so zu neuen Lösungen anregen. Die Migrantenvertretung zwingt die Kommunalpolitik, sich mit den Forderungen der Zugewanderten politisch auseinander zu setzen. Kommt beides zusammen, erweitert die Migrantenvertretung den Erfahrungs- und Politikhorizont und entwickelt mit der Kommunalpolitik gemeinsam das Bild einer neuen Bürgerschaft.

Nicht zuletzt kann die Migrantenvertretung den gesellschaftlichen und kulturellen Vereinigungen der Migranten eine Brücke in die bürgerliche Gesellschaft und die Kommunalpolitik bauen.

Dies alles können Sie mit Ihrer Wahlbeteiligung unterstützen.

Stärken Sie Ihrer Migrantenvertretung den Rücken! Gehen Sie zur Wahl!



**Dr. Fritz Behrens**  
**Innenminister des Landes**  
**Nordrhein-Westfalen**

# Mehr Rechte, höhere Beteiligung Erste Integrationsräte in NRW gewählt

Parallel zu den Kommunalwahlen fanden am 26. September 2004 die ersten Wahlen zu den kommunalen Migrantenvertretungen statt. Bis Redaktionsschluss waren der LAGA NRW die Ergebnisse aus zehn Kommunen bekannt.

In Dormagen, Lüdenscheid, Niederkassel und Wesel lösten die Migrantinnen und Migranten mit der Wahl den Ausländerbeirat ab. In diesen vier Städten wurden Integrationsräte gewählt. Die Ergebnisse sind für Wahlen am 21. November ermutigend. In allen vier Kommunen stieg die Wahlbeteiligung teilweise deutlich an. „Es zeigt sich, dass die besseren Entscheidungskompetenzen der neuen Gremien, die Wählerinnen und Wähler motivieren.“ Kommentiert Tayfun Keltok die gestiegene Wahlbeteiligung. In Wesel erreicht die Beteiligung mit 24,1 Prozent den bisher höchsten Stand in diesem Jahr.

Keltok: „Angesichts der finanziellen und logistischen Schwierigkeiten ist eine Beteiligung von knapp 25 Prozent für die Migrantenvertretungen schon ein achtbares Ergebnis.“ Man müsse bedenken, dass die Parteien zu den Kommunalwahlen enorme Geldsummen mobilisiert hätten, um auf sich aufmerksam zu machen. Dennoch sei die Beteiligung landesweit mit rund 53 Prozent sehr niedrig gewesen. „In einigen Stadtteilen liegt die Wahlbeteiligung sogar noch deutlich darunter.“ erläutert LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltok

In den Städten, die am 26. September 2004 Ausländerbeiräte herkömmlicher Art wählten, ist die Wahlbeteiligung – bis auf eine Ausnahme – weiter gesunken. Nur in der niederrheinischen Stadt Moers konnte die Beteiligung von 15,8 auf glatte 17 Prozent gesteigert werden.

## Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund

Nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen präsentieren sich die Räte und Bezirksvertretungen interkultureller denn je. 1999 waren in ganz NRW nur vereinzelte Migranten in die Räte gewählt worden. 2004 hat zumindest in vielen Großstädten wenigstens ein Ratsmitglied Migrationshintergrund. Ausnahme ist Köln: Dort schafften jeweils eine Kandidatin von CDU, SPD



und PDS sowie ein Kandidat der Grünen den Sprung ins Stadtparlament. Hinzu kommen diverse Bezirksvertreter mit Migrationshintergrund in den neun Bezirksvertretungen der größten nordrhein-westfälischen Stadt.

Weitere Beispiele: In Essen wurde Copur Burak für Bündnis 90/Die Grünen gewählt. Nail Ertas kam in Hamm für die CDU in den Stadtrat. In Duisburg gelang Gürsel Dogan, Revisor bei der LAGA NRW, der Einzug in den Stadtrat. Das Mitglied des Duisburger Beirates für Zuwanderung und Integration war als Spitzenkandidat einer eigenen Liste angetreten und erfolgreich. Er ist jetzt Einzelvertreter im Stadtrat.

Auch zwei Mitglieder des LAGA-Vorstands fanden das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler: In Iserlohn wurde Ercan Atay für die SPD gewählt. In Mönchengladbach schaffte Gülistan Yüksel, ebenfalls SPD, den Einzug in den Rat.

Tayfun Keltok zeigt sich erfreut über die von Migrantinnen und Migranten gewonnenen Mandate. „Ich gratuliere allen zu ihrer Wahl. Ihre Arbeit ist der Beweis dafür, dass Migrantinnen und Migranten bereit und in der Lage sind, Verantwortung für die Geschehnisse ihrer Stadt wahrzunehmen. Dennoch kann das nur ein Anfang sein. Migrantinnen und Migranten sind längst nicht entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in den Räten vertreten. Hier gibt es in den nächsten Jahren noch Nachholbedarf.“

## Interkulturelle Mittelstandsoffensive Herne Pilotprojekt als Vorbild für andere Kommunen

Zur Zeit wird in Herne ein Wegweiser für Unternehmensgründer nicht-deutscher Herkunft erarbeitet. Dieser Wegweiser soll Migranten, die sich selbstständig machen möchten, den Weg durch die Dienststellen der Stadt aufzeigen. Gerade Menschen, die Einrichtungen wie ein Gewerbeaufsichtsamt aus ihren Herkunftsländern nicht kennen, tun sich in Deutschland schwer mit der Unternehmensgründung. Dabei ist die Bereitschaft, sich selbstständig zu machen durchaus hoch. Zumal Migranten oft Marktnischen bedienen können, für die sich Deutsche seltener interessieren.

Um die Chancen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt effektiv nutzen zu können, müssen auch die Stadtverwaltungen auf die spezifischen Probleme von Migranten vorbereitet sein. Daher finanziert das NRW-Wirtschaftsministerium das Pilotprojekt in Herne. Dabei lehnt man sich an die „Mittelstandsoffensive Wirtschaftsfreundliche Stadtverwaltung“ an.

Eine Düsseldorfer Unternehmensberatung erarbeitet zusammen mit Vertretern des Gewerbeaufsichtsamtes, des Bauordnungsamtes und des Ausländeramtes den Wegweiser. Dabei werden den potentiellen Unternehmern die städtischen Dienststellen und ihre Aufgaben erklärt. Erläutert wird ebenfalls der Ablauf einer Unternehmensgründung, um unnötige Besuche in der Verwaltung zu vermeiden.

Interessanter Nebeneffekt: Durch die Erarbeitung des Wegweisers machen sich die städtischen Mitarbeiter interkulturelle Kompetenzen zu eigen. Nach Beendigung des Projektes Ende 2004 sollen die Ergebnisse veröffentlicht und anderen Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

## Hilfe für Strafgefangene Verein unterstützt Inhaftierte bei Resozialisierung

Der Verein „Strafgefangenen- und Krankenseelsorge e.V.“ (SUKS) hat sich der Unterstützung von straffällig gewordenen Migranten und ihrer Familien ver-

schrieben. Der Vorsitzende Murat Bozkurt beschreibt die Motivation der Vereinsmitglieder so: „Die straffällig gewordenen Migranten und deren Angehörige befinden sich in einer besonderen Konfliktsituation und brauchen daher unserer besondere Unterstützung. Durch kulturelle Unterschiede werden sie oft isoliert, die Integration vor und insbesondere nach der Haft wird erschwert.“

Bozkurt begann schon 1999 mit der Gefangenenhilfe. Zunächst brachte er türkischen Inhaftierten Zeitschriften in die Haftanstalten. Zwei Jahre später hatte Bozkurt genügend Mitstreiter zusammen, um zwei Gruppen von jeweils 15 Häftlingen zu betreuen. Heute sind in ganz Nordrhein-Westfalen mehrere Dutzend Ehrenamtliche aktiv, die sich um die Strafgefangenen während und nach der Haft kümmern. Der Verein schult die ehrenamtlichen Helfer, um sie auf die Aufgaben vorzubereiten und die Erfahrungen auszuwerten.

Für straffällig gewordene Migranten sind Kontakte außerhalb des früheren kriminellen Milieus nach der Haft besonders schwierig. Ohne Unterstützung ist das für viele Betroffene kaum machbar. Deswegen setzt sich SUKS klare Ziele bei der Arbeit mit den einzelnen Personen. An oberster Stelle stehen dabei

- die Wiedererlangung gesunder sozialer Kontakte
  - das Erarbeiten einer Perspektive für die Zeit nach der Haft
  - der Gewinn von Lebensqualität und Selbstbewusstsein durch Eigeninitiative.
- Die Betreuung beginnt schon während der Haft. Dort bauen die Ehrenamtler Vertrauensverhältnisse zu den Strafgefangenen auf. Nach Ende der Haft ist das eine gute Voraussetzung, um im Alltag wieder Fuß zu fassen. In dieser Zeit helfen die Mitarbeiter von SUKS durch Begleitung bei Behördengängen, Motivation zur Teilnahme an Sprach- oder Weiterbildungskursen und anderen Kontaktauf-

nahmen. Dabei greift SUKS auch auf die Kenntnisse kommunaler Migrantenvertretungen und ihrer Netzwerke zurück.

Angesichts des hohen Schamgefühls, das Verwandte von straffällig gewordenen Migranten empfinden, ist eine intensive Betreuung der Familien genauso wichtig. So kann sicher gestellt werden, dass ein Inhaftierter den Kontakt zur eigenen Familie nicht verliert.

Diese Hilfen können aber nur gewährt werden, wenn es vor Ort ausreichende Kontaktpersonen gibt. SUKS hat daher ein großes Interesse an der Bekanntmachung seiner Arbeit. Kommunale Migrantenvertretungen können dabei unterstützen, indem sie z.B. gemeinsame Info-Veranstaltungen organisieren.

*Kontakt:*  
 SUKS, Kaiser-Wilhelm-Straße 230,  
 47169 Duisburg  
 Tel.: 0203 – 51 92-460  
 Mail: info@suks.de

## TRT-INT bleibt im Kabelnetz

### Vorläufiger Beschluss der NRW Medienkommission

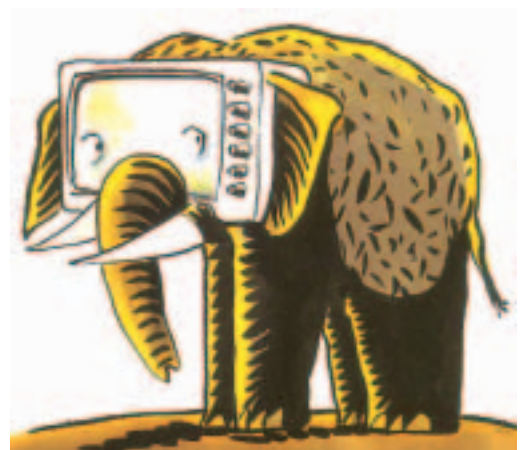
Die Medienkommission der LfM (Landesanstalt für Medien) hat am 10.9.2004 eine neue Rangfolge für die Kabelbelegung in NRW beschlossen. Von den durchschnittlich 33 Kabelplätzen im analogen Kabel wird die LfM künftig neben den gesetzten Programmen, also jenen, die einen gesetzlichen Vorrang haben (insgesamt acht), nur noch die Belegung von 17 Programmplätzen regeln. Damit bekommt der Kabelnetzbetreiber einen weit größeren Einfluss als bisher. Er kann ein eigenes Kontingent frei bestücken.

Die Entscheidung über die Kabelbelegung sollte eigentlich im Frühjahr 2003 getroffen werden. Sie war ausgesetzt worden, da zuvor entschieden werden musste, welche Veranstalter im Ergebnis der Ausschreibung ihre Programme in NRW über die erste und zweite terrestrische Frequenzkette verbreiten können.

Diese Programme waren bei der Kabelbelegung vorrangig zu berücksichtigen. Das galt auch für die Programme, die erstmalig digital terrestrisch verbreitet werden.

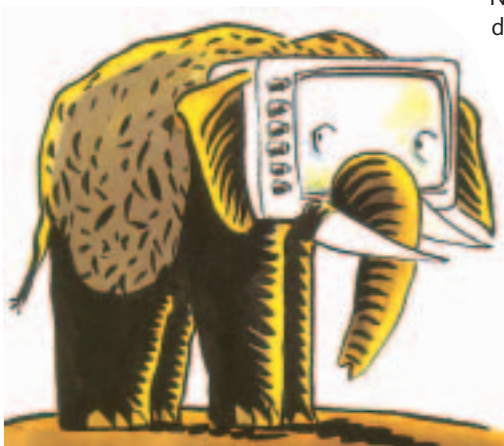
Nach der Vorrangentscheidung durch die LfM wird nun in einem zweiten Schritt das gesetzlich vorgesehene „Benehmen“ mit dem Kabelnetzbetreiber hergestellt. Danach folgt die Belegungsentscheidung für die einzelnen Kabelnetze in Nordrhein-Westfalen. Erst dann kann mit der Umsetzung der Belegungsentscheidung begonnen werden. Dies ist auch der Zeitpunkt, an dem es für die Zuschauer interessant wird.

Die LfM geht nach Gesprächen mit dem Kabelnetzbetreiber und allen anderen Beteiligten da-



von aus, dass es auch im weiteren Belegungsverfahren nicht mehr zu Konfliktsfällen kommen wird und u.a. das Programm TRT-INT durch Teilen eines Sendeplatzes Berücksichtigung findet.

TRT-INT wird bis Jahresende 2004 wie gewohnt die Sendungen im analogen Kabelnetz fortsetzen. Ab Januar 2005 wird TRT-INT den Kabelkanal mit einem anderen Sender teilen. Bis Ende Juni wird der Programmanteil von TRT-INT etappenweise bis zu 25 Prozent reduziert werden. Parallel dazu wird TRT-INT im digitalen Kabelnetz als sogenanntes Free TV, ohne zusätzliche Kabelgebühren vollständig im eigenen digitalen Kabelkanal empfangbar. Die Empfangsfrequenz und Einzelheiten wird TRT-INT in eigenen Sendungen seinen Zuschauern bekannt geben.



## Erziehung braucht das ganze Dorf LAGA-Mitglieder debattieren Bildungspolitik

Wie schon oft beschäftigte sich die Mitgliederversammlung der LAGA NRW im September in Köln mit Bildungsfragen. Hauptrednerin war denn auch NRW-Schuministerin Ute Schäfer. Bevor die SPD-Politikerin aber zu den Delegierten sprechen konnte, nahm sie eine Liste mit 3500 Anmeldungen zum muttersprachlichen Unterricht an den Schulen Nordrhein-Westfalens entgegen.



LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltok ließ sich die Gelegenheit nicht nehmen darauf hinzuweisen, dass Elternvereine und Ausländerbeiräte diese Anmeldungen vor Ablauf des vergangenen Schuljahres gesammelt hatten, um das hohe Interesse der Eltern mit Migrationshintergrund an muttersprachlichem Unterricht für ihre Kinder zu dokumentieren: „Die Anmeldungen belegen beispielhaft den starken Willen der Eltern und ihrer Kinder, einen modernen muttersprachlichen Unterricht wahr zu nehmen, wenn ein entsprechendes Angebot vorhanden ist.“ Bei der Übergabe der Listen und zahlreicher Aktenordner mit den kompletten Unterlagen, bat Keltok die Ministerin nachprüfen zu lassen, ob allen Wünschen der Eltern nachgekommen werden konnte.

In ihrer Rede erkannte Ministerin Schäfer die Bedeutung der Muttersprache für die Schulerfolge von Kindern mit Migrationshintergrund an. Doch wies sie zugleich darauf hin, dass unter den aktuellen Bedingungen ein Ausbau nicht möglich sei. (Die Rede ist in Auszügen dokumentiert.)

Entsprechend dominierte diese Frage die anschließende Diskussion im Plenum. Unter anderem wies Kubilay Ercenk darauf hin, dass das skandinavische Bildungswesen auch deshalb so erfolgreich sei, weil die Fähigkeiten der – meist – mehrsprachig erzogenen Kinder mit Migrationshintergrund von vornherein in den Unterricht und die Förderpläne einbezogen seien. Dazu zitierte Ercenk, der selber als Lehrer arbeitet, das finnische Sprichwort: „Um ein Kind zu erziehen, braucht man das ganze Dorf.“

Diesem Motiv konnte Ministerin Schäfer zustimmen. Doch sie wies darauf hin, dass damit auch die gesellschaftliche Verantwortung für die Erziehung und Bildung der Kinder gemeint sei. Sie appellierte an alle Eltern: „Man kann Kinder nicht einfach in der Schule abgeben und denken, es wird gebildet und erzogen.“

Im Anschluss an die Diskussion sprach noch der Kölner Regierungspräsident Jürgen Roters zu den Delegierten. In seinem Grußwort hob er die Chancen der neuen Integrationsräte hervor. Die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten war schließlich auch Thema bei einer Diskussionsrunde mit Abgeordneten aller Landtagsfraktionen: Britta Altenkamp (SPD), Thomas Kufen (CDU), Sybille Haußmann (Bündnis90/Die Grünen) und Ute Dreckmann (FDP).



### Dokumentation Kompetenzen der Kinder würdigen Auszüge aus der Rede von Ministerin Ute Schäfer während der LAGA- Mitgliederversammlung am 18.9.2004 in Köln

Mehr als ein Drittel unserer Kinder haben einen anderen sprachlichen und kulturellen Hintergrund als deutsche Kinder. Das sind bemerkenswerte Zahlen. Sie zeigen die große sprachliche und kulturelle Vielfalt unseres Landes. Sie zeigen, welchen Reichtum an Sprachen, kulturellen Traditionen und Talenten, an Verhaltensweisen diese Kinder mitbringen. Ohne diese kulturelle Vielfalt wäre unser Land deutlich eintöniger und farbloser.

In diesem Kontext erlauben Sie mir eine Bemerkung: Mit Sorge sehe ich, wie wenig Anerkennung unsere Kinder aus Zuwandererfamilien von der Mehrheitsgesellschaft erhalten. Immer noch werden zunächst die Defizite der Kinder in den Vordergrund gestellt. Nach Anerkennung für die mitgebrachten Kompetenzen und Stärken sucht man vergebens.

Fakt ist, dass die Deutschkenntnisse vieler Migrantenkinder schlecht sind, Fakt ist aber auch: diese Kinder beherrschen eine zweite Sprache, nämlich ihre Muttersprache. Das wird meist übersehen. Zweisprachige Kinder aus deutsch-



englischen oder deutsch-französischen Familien werden bewundert. Dass aber auch Mustafa neben dem Deutschen noch seine türkische Muttersprache beherrscht und Raffael fließend italienisch spricht, wird nur selten als Leistung anerkannt und gewürdigt. Ich kann gut verstehen, dass Sie als Vertreter von Migranten und auch als Eltern darüber betrübt sind. Mit Recht fordern Sie mehr Anerkennung und mehr Toleranz ein. Ich mache dabei gerne mit und biete Ihnen meine Unterstützung an. ...

Nach wie vor stehen wir zum Mutter-sprachunterricht, denn wir wissen, er macht Sinn. Es ist unsinnig, die Muttersprache lediglich mündlich zu lernen, sie muss auch schriftlich sprachlich verankert sein. Wer nur mündlich türkisch, arabisch, spanisch kann, beherrscht seine Muttersprache nicht wirklich. Sie hat auch wenig Effekt auf die intellektuelle Entwicklung. ...

Wir unterstützen die zweisprachige koordinierte Alphabetisierung, also KOALA, nach Kräften. KOALA ist ein schönes Projekt an 50 Schulen und in einzelnen Klassen, das die Schulämter gemeinsam mit den RAA's durchführen. Leider aber ist KOALA durch die Doppelbesetzung mit zwei Lehrkräften relativ teuer und kann nicht flächendeckend in Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden. KOALA kann auch nur dort angeboten werden, wo Kinder einer einzigen Sprachgruppe zusammenkommen. Deutsch-türkische koordinierte Alphabetisierung macht wenig Sinn, wenn in der gleichen Klasse noch drei arabische, zwei russland-deutsche und vier jugoslawische Kinder sitzen.

Zum Schluss möchte ich auf ein gro-

ßes Projekt zu sprechen kommen, das wir gerade mit neuem Schwung anschieben. Es soll auf mittlere Sicht die Schulerfolge der Migrantenkinder erheblich verbessern. Es geht um die sogenannten Stellen für Integrationshilfen, von denen wir in Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren rund 3.500 Stellen jährlich zur Verfügung stellen. Diese Lehrerstundenressource, so will ich es hier einmal nennen, ist in erster Linie dafür eingerichtet, dass Kinder aus Zuwandererfamilien ihre Sprachkenntnisse verbessern und somit positive Effekte auf die Schulleistungen und auf die soziale Integration erzielt werden.

In den zurückliegenden Jahren haben wir die Integrationsstellen so verteilt, dass die Schulen zusätzliche Lehrstellen oder Lehrerstunden entsprechend ihres Anteils an ausländischen Kindern erhielten. Das ist eine klassische Input-Steuerung. PISA hat uns gezeigt, dass wir uns in Deutschland zu wenig um die Effekte unserer zusätzlichen Stellenzuweisung gekümmert haben. Also zu wenig geschaut haben, was beim Einsatz zusätzlicher Stellen eigentlich herauskommt. Das soll jetzt anders werden.

Wir haben die Schulaufsicht gebeten, die Stellen künftig anders zu verteilen. Wir möchten, dass sich die Schulen zunächst ein Bild verschaffen über die Situation der Migrantenkinder an ihren Schulen. Gefragt wird nach folgenden Daten:

Wie viel Prozent der Kinder in unseren Klassen haben einen Migrationshintergrund? Dabei spielt nicht die Staatsangehörigkeit eine Rolle, sondern die Feststellung der Lehrkraft, wer aus einer Familie mit Zuwanderungshintergrund kommt.

Wie oft müssen Migrantenkinder im Vergleich zu deutschen Kindern die Klassen wiederholen?

Wie hoch ist ihr Anteil bei den Sonder-schulverfahren?

Zu welchen Prozentsätzen werden die Migrantenkinder auf welche Schulformen verteilt?

Wie hoch oder besser niedrig ist ihr Anteil an den qualifizierten Schulabschlüssen?

Diese kleine und einfach zu handhabende Form der Selbstbetrachtung soll der einzelnen Schule vor Ort deutlich machen, wo ihre Migrantenkinder im Vergleich zu den deutschen Kindern stehen. Sie zeigt zugleich den Förderbedarf auf. Ich nenne ein Beispiel: Eine Grundschule, die 70 % ihrer Kinder zur Hauptschule geschickt hat, könnte sich zum Ziel setzen, diese Quote in den nächsten drei Jahren deutlich zu verringern und mehr Migrantenkinder als zuvor auch auf Realschulen und Gymnasien zu bringen.

Ich wünsche mir außerdem, dass die Schulen Förderkonzepte entwickelt, damit die Quote der Klassenwiederholungen deutlich zurückgeht. Ich wünsche mir, dass mit intensiven Sprachförderangeboten mehr Migrantenjugendliche als bisher zu einem qualifizierten Schulabschluss gebracht werden. Diese guten Ziele können Schulen aber besser erreichen, wenn sie anhand von Zahlen den Erfolg oder die Wirkungslosigkeit ihrer Arbeit selbst kontrollieren können.

Im Ergebnis möchte ich, dass jede Ressource aus den Integrationsstellen im Stundenplan der Schule als zusätzliche Unterrichts- und Förderzeit für Migrantenkinder ablesbar ist.

## Auswirkungen von Hartz IV Migranten im Nachteil?

Am 9. Juli 2004 einigten sich Bundes- und Länderregierungen im Bundesrat auf das neue Gesetz zur „Grundsicherung für Arbeitsuchende“, dem sogenannten Arbeitslosengeld II (besser bekannt als Hartz IV-Gesetz). Inwieweit dieses Gesetz Regelungen zum Nachteil lange in Deutschland lebender Migranten enthält, ist für kommunale Migrantenvertretungen von erheblichem Belang. Schließlich gehört zu den Veränderungen in Zusammenhang mit Hartz IV die enge Kooperation von Kommunen und Agenturen für Arbeit bei der Betreuung und Vermittlung.

Kern der Gesetze ist die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum sogenannten Arbeitslosengeld II. Wer bisher Arbeitslosenhilfe bezog konnte auf Antrag zusätzliche Sozialhilfeeleistungen beanspruchen. Dies fällt nun weg, statt dessen werden Pauschalen für Kinder, Miete und Heizkosten ausbezahlt. In der Regel bedeutet diese Pauschalierung für die Betroffenen eine Verringerung ihrer monatlichen Einnahmen.

Migranten sind von der Gesetzgebung insofern häufiger betroffen, als sie deutlich öfter von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Zugleich kommen spezifische Probleme hinzu: Wer Arbeitslosengeld II bezieht, kann Probleme bei der Verlängerung des Aufenthaltsstatus bekommen. Das war bisher schon bei Bezug von Arbeitslosenhilfe der Fall.

Schwierigkeiten bereiten auch die umfangreichen Fragebögen, die von den Agenturen für Arbeit an die Betroffenen verschickt wurden. Sprachprobleme verzögern die Bearbeitung.

Besondere Hilfestellungen durch die Kommunen sind daher geboten. Sinnvoll erscheint die Einrichtung von lokalen Arbeitsgruppen, die für verschiedene Hilfen zuständig sind. Dazu gehören Unterstützung durch Dolmetscher, aber auch mittel- und langfristige Strategien zur Qualifizierung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt für diejenigen, die den deutschen Arbeitnehmern im arbeitsrechtlichen Sinn nicht gleichgestellt sind.

### Hilfe bei Anträgen

Migrantinnen und Migranten wenden sich häufiger als andere Personengruppen an die freien Wohlfahrtsverbände. Obwohl das nicht zu den Arbeitsbereichen der Verbände gehört, haben sich die meisten auf die Aufgabe eingelassen.

Ihr Personal erhält Beratung und Schulung von den Agenturen für Arbeit, um den Antragstellern qualifiziert helfen zu können.

Weitere Informationen zu Hartz IV für Migrantinnen und Migranten u.a. unter [www.dgb-köln.de](http://www.dgb-köln.de)

## Bürgerschaft und Management Politik in den Kommunen

In einem Praxisbuch für moderne Kommunalpolitik, wie es im Untertitel heißt, haben Susana dos Santos Herrmann und Hannah Schmidt-Kuner wichtige Tipps und Hinweise für Kommunalpolitiker zu-



sammengestellt. Das Buch, an dem die langjährige Mitarbeiterin des LAGA-Info-Dienstes Migration mitschrieb, richtet sich dabei keineswegs nur an Mitglieder der Räte. Vielmehr spricht es alle Menschen an, die in den Städten und Gemeinden politisch tätig sind. So erhalten auch Mitglieder von kommunalen Migrantenvertretungen Einblick in moderne Steuerungsinstrumente für ihr politisches Handeln vor Ort.

Das Praxisbuch „Bürgerschaft und Management – Politik in den Kommunen“ zeigt Möglichkeiten auf, wie Kommunalpolitik erfolgreich, transparent und zugleich effizienter gestaltet werden kann.

In sechs Kapiteln werden Arbeitsmethoden und Instrumente vorgestellt, die für Unternehmen und Organisationen entwickelt und in jahrelanger Zusammenarbeit mit vielen kommunalen Praktikern in Workshops und Seminaren

für die Arbeit in der Kommunalpolitik angepasst und optimiert wurden. Anhand zahlreicher Beispiele zeigen die Autorinnen auf, wie man solche Methoden für die praktische Politik nutzbar machen kann.

Auch die Bedeutung der Integrationspolitik für eine moderne und gelungene Kommunalpolitik wird im Buch deutlich. Wie Rat und kommunale Migrantenvertretung effizient und zügig integrationspolitische Projekte auf den Weg bringen können wird in Kapitel drei veranschaulicht.

Das Praxisbuch ist zum Preis von 10 Euro bei der Bundes-SGK erhältlich (ab 5 Ex. 9 Euro ; ab 20 Ex. 8 Euro ). Bestellungen können per Fax abgegeben werden: 030 – 25 993-970 Bestellschein unter: [www.bundes-sgk.de](http://www.bundes-sgk.de)

## Integration von Beschäftigten ausländischer Herkunft Betriebs- und Dienstvereinbarungen

Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung haben Semiha Akin, Michaela Dälken und Leo Monz eine Broschüre herausgebracht, die sich mit den Ergebnissen von Betriebsvereinbarungen zur besseren Integration von Migranten beschäftigt. Die in Zusammenarbeit mit dem DGB Fachbereich Migration & Qualifizierung erstellte Studie wertet insgesamt 28 betriebliche Vereinbarungen aus. Zugleich werden Handlungsempfehlungen für künftige Vereinbarungen gegeben.

Bei den ausgewerteten Vereinbarungen hat man sich im Kern an der gewerkschaftlichen Tradition orientiert, die seit Beginn der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte die „arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung“ zum Ziel hatte. Diese sei – so die Autoren – seit Mitte der 70er im Prinzip gewährleistet. Es komme darauf an, die rechtliche Gleichstellung durch geeignete Maßnahmen zur faktischen werden zu lassen. Solche Maßnahmen gehören dann in eine betriebliche Vereinbarung.

Seit Mitte der 90er Jahre ist ein weiterer Aspekt hinzu gekommen: Im Oktober 1995 verabschiedeten die europäischen Sozialpartner die „Florenzer Erklärung“ über „die Verhütung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie Förderung der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz. Die Bekenntnisse zu Pluralismus und Chancengleichheit

sind die Ziele dieser Erklärung, die wiederum in konkreten Maßnahmen in Betriebsvereinbarungen ihren Niederschlag finden.

Die meisten Betriebsvereinbarungen wurden zu Beginn des laufenden Jahrzehnts im öffentlichen Dienst geschlossen. Dies hängt mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes zusammen, die 2001 verabschiedet wurde und in einem neuen §88 Nr. 4 „Maßnahmen zur Integration ausländischer Arbeitnehmer, sowie zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb“ zu möglichen Inhalten von betrieblichen Vereinbarungen erklärt. Ungeachtet dessen gab es aber bereits Anfang der 90er Jahre erste Vereinbarungen in Großbetrieben.

*Informationen zur Bestellung:*

*DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung*

*E-Mail:*

*migration@dgb-bildungswerk.de*

**Herkunft prägt Bildungschancen  
Gleiche Bildungs- und Arbeitschancen für junge MigrantInnen**

Seit Veröffentlichung der PISA-Studie 2001 steht fest, in kaum einem anderen Land ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg so deutlich wie in der Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund geraten häufig unter die Räder, weil sie nicht entsprechend ihrem Wissensstand und ihrer Kompetenzen gefördert werden.

Das Anti-Diskriminierungsbüro des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt (ÖgG) in Köln hat diese Erkenntnisse zum Anlass genommen, die Situation in der Domstadt genauer zu untersuchen. In der Publikation „Herkunft prägt Bildungschancen“ werden die besonderen Kölner Bedingungen zusammengefasst und vorgestellt. Die Ergebnisse bestätigen durchweg die Erkenntnisse aus der PISA-Studie: Kinder mit Migrationshintergrund „erhalten bei gleich starken Leistungen seltener eine Gymnasialempfehlung und werden bei gleich schwachen schulischen Leistungen öfter als ihre deutschen MitschülerInnen in die Hauptschule überwiesen.“ Auch der Anteil der Kinder, die an Sonderschulen für Lernbehinderte überwiesen werden, ist überproportional hoch.

Trotz einer Reihe positiver Ansätze wie der koordinierten Alphabetisierung an

rund neun Grundschulen, vorschulischer Sprachförderung in Kindertagesstätten etc. sehen die Herausgeber keinen grundlegenden Wandel in der Kölner Schullandschaft. Insbesondere weisen sie darauf hin, dass auch die kommunalen Handlungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft werden, die sich auf die Ausrichtung der Schulen, die „Beratung von Eltern und Lehr- und Erziehungspersonal in Tagesstätten und Schulen beziehen.

In Handlungsempfehlungen fordert ÖgG „vor allem die Anerkennung und Förderung von Bilingualität und Bikulturalität“. Darüber hinaus erwartet ÖgG von der Stadt Köln eine deutliche Verbesserung der Bildungsberatung sowie die Stärkung der Mitsprache und Mitentscheidungsrecht zugewanderter Eltern.

*Bestellungen können per E-Mail an ÖgG gesandt werden:*

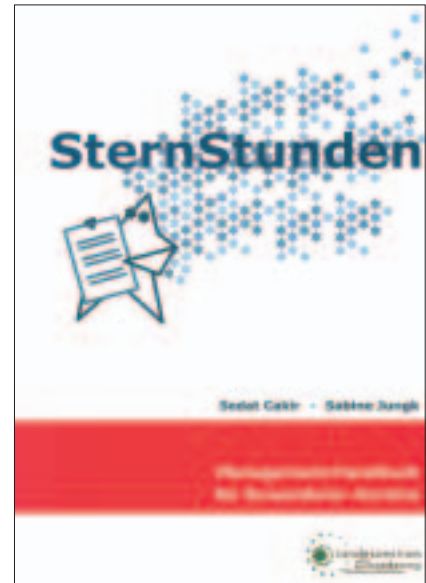
*Mail: oegg@netcologne.de*

**Sternstunden  
Management-Handbuch  
für Zuwanderer-Vereine**

„Migrantinnen und Migranten sind nicht nur als Existenzgründer ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sondern auch ihr bürgerschaftliches Engagement in der Zivilgesellschaft ist hoch willkommen“, erklärte Carmen Teixeira, Leiterin des Landesentrums für Zuwanderung (LzZ) bei der Vorstellung des Management-Handbuches „Sternstunden“. Die Gründung von Migrantenvereinen sei einer von vielen Schritten in Richtung Integration und Gleichstellung, denn über Vereinsaktivitäten könnten eigene Interessen artikuliert und durchgesetzt werden.

Das übersichtlich gestaltete Handbuch mit vielen Tipps und Checklisten für die alltägliche Arbeit richtet sich an Menschen, die einer bestehender Organisation frische Impulse geben oder einen neuen Verein gründen wollen. Anhand von typischen Situationen wird der Alltag im Verein „MIGRA e.V.“ dargestellt. Die im Buch vorgestellten Lösungswege sind auf diese Weise leicht verständlich und auf die eigene Arbeit übertragbar. Ergänzt wird es durch eine CD-ROM mit Arbeitsvorlagen.

Das LzZ hat „Sternstunden – Management-Handbuch für Zuwanderer-Vereine“ in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung (Lzpb) beim Klartext-Verlag in Essen herausgebracht. Multiplikatoren der politischen Bildung können es kostenlos bei



der Lzpb bestellen. Beim Verlag oder im Handel ist das 160 Seiten starke Buch für 14,90 Euro erhältlich.

*Bestelladresse:*

*Landeszentrale für politische Bildung,  
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf  
Klartext-Verlag: info@klartext-verlag.de*

**Europa im Internet  
EU-Portal öffnet Wege nach Europa**

Unter der Web-Adresse:

<http://europa.eu.int> öffnet sich das EU-Internet-Portal. Hier ist der Ansatz für alle, die sich über europäische Themen informieren wollen. Von diesem Portal ausgehend wird man zu allen Web-Seiten der EU-Institutionen und möglicher Partner geführt. Wichtige europäische Gesetzes- oder Erlasstexte lassen sich so bequem und schnell auffinden.

**Interkultureller  
Antirassismuskalender 2005**

mit Fest-, Gedenk- und Feiertagen aller großen Kulturen und Weltreligionen.

Er vermittelt Tipps, Ideen und Aktionen für den Alltag und ist leicht zu verstehen für Menschen, die schon immer mal gerne über den eigenen Horizont geblickt haben.

*Bestelladresse:*

*SOS-Rassismus-NRW, Haus Villigst,  
58239 Schwerte, Tel: 02304-755190,  
DINA6, 4 Euro und Porto  
ISBN 3-938081-05-8  
g.kirchhoff@aej-haus-villigst.de  
www.sos-rassismus-nrw.de*

## Seminarservice der LAGA NRW Kommunale Integrationspolitik erfolgreich gestalten!

Im Herbst dieses Jahres werden in Nordrhein-Westfalen die kommunalen Migrantenvertretungen neu gewählt.

60 Städten wurde dabei auf gemeinsamen Antrag der Ausländerbeiräte und der Stadträte durch das Innenministerium die Genehmigung erteilt, vom „herkömmlichen Ausländerbeirat“ abzuweichen und ein „Experimentiergremium“ einzurichten. Diese Gremien haben zum weit überwiegenden Teil den Namen „Integrationsrat“. Allen diesen Gremien ist gemeinsam, dass dort in den kommenden fünf Jahren Ratsmitglieder und gewählte Migrantenvertreter/innen stimmberechtigt zusammenarbeiten werden.

In den übrigen Städten werden Ausländerbeiräte nach § 27 der Gemeindeordnung gewählt.

Für alle kommunalen Migrantenvertretungen gilt, dass erfreulicherweise sehr viele Frauen und Männer zur Wahl antreten, die sich zum ersten Mal für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung stellen.

Eine erste Aufgabe des Gremiums muss es deshalb sein, eine Fortbildungsveranstaltung durchzuführen, die dem gegenseitigen Kennenlernen, der Vermittlung von Grundkenntnissen über die kommunalpolitischen Arbeitsabläufe und der Festlegung von Arbeitsschwerpunkten dient. Besonders wichtig ist dabei die Teilnahme aller Mitglieder, sowohl gewählte Migrantenvertreter als auch Ratsmitglieder.

### Für diese Veranstaltung bietet Ihnen die LAGA NRW ihre Hilfe an.

Der nachstehende Programmvorschlag ist auf eine eintägige Veranstaltung ausgerichtet, es kann aber sinnvoll sein ein Wochenendseminar durchzuführen, bei dem am zweiten Tag die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Gehörte in eine Strategie für die Arbeit in ihrer Kommune umsetzen.

Das Seminar besteht aus drei inhaltlichen Blöcken:

- Die Rechte und Pflichten der Mitglieder sowie die Möglichkeiten des Gremiums.
- Aktuelle inhaltliche Debatte der Integrationspolitik wie z.B. Schulerfolge von Migrantenkindern.
- Die Erarbeitung eines Arbeitsprogramms für die örtliche Migrantenvertretung.

Bei Interesse bitte bei der LAGA-

Geschäftsstelle melden:

Tel.: 0211 – 99 41 60

Mail: [info@laga-nrw.de](mailto:info@laga-nrw.de)

Web: [www.laga-nrw.de](http://www.laga-nrw.de)

## Ehrenplakette für Ulusoy Herner OB würdigt Einsatz für Integration

Die Ehrenplakette der Stadt Herne hat Yunus Ulusoy erhalten. Der inzwischen aus dem Amt geschiedene OB Wolfgang Becker ehrte den Mitarbeiter des Zentrums für Türkeistudien für seinen Einsatz für das deutsch-türkische Zusammenleben in der Ruhrgebietsstadt.

Die Plakette besteht aus reinem Silber und zeigt auf der Vorderseite das Herner Stadtwappen. Sie wird an Bürger und Bürgerinnen für besonderes gesellschaftliches Engagement vergeben.

## Masri jetzt Honorarkonsul Neue Aufgabe für Deutsch-Libanesen

Der in Essen als umtriebige Mitglied des Ausländerbeirates bekannte Mohammad Masri hat eine neue Aufgabe bekommen. Er ist nun auch Honorarkonsul seines Herkunftslandes Libanon. Diese ehrenvolle Tätigkeit hält ihn aber keineswegs davon ab, sich weiterhin um die Integration der Migrantinnen und Migranten in Essen zu kümmern. Masri kandidiert im November 2004 erneut für den Ausländerbeirat der Ruhrstadt.

## Härtefallkommission in NRW zieht positive Bilanz 1000 Mal Hilfe für Betroffene

Wie das NRW-Innenministerium jetzt mitteilte konnte die Härtefallkommission in Nordrhein-Westfalen bisher rund 1000 ausländischen Antragstellern helfen. Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten sorgten die Empfehlungen der Kommission dafür, dass die Aufenthaltsmöglichkeiten der Betroffenen verlängert wurden.

Seit Aufnahme der Arbeit im Jahre 1996 haben über 4500 ausreisepflichtige Ausländer die Kommission angerufen, um auf diesem Weg eine Verlängerung des Aufenthaltes für sich und ihre Familie zu erreichen. Der Minister traf sich mit den Mitgliedern der Härtefallkommission auch, um die weitere Zusammenarbeit unter den Regeln des neuen Zuwanderungsrechtes zu erörtern.

Behrens will die Zusammenarbeit auch nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes zum 1.1.2005 fortsetzen. Das neue Gesetz ermächtigt die Landesregierungen, Härtefallkommissionen einzurichten und ein Verfahren zu regeln. Das Zuwanderungsgesetz schafft so eine Möglichkeit zur Aufenthaltsgewährung in besonders gelagerten Einzelfällen, die der Gesetzgeber aufgrund ihrer spezifischen Ausgestaltung nicht berücksichtigen konnte. In diesen Ausnahmefällen können künftig Aufenthaltserlaubnisse auch abweichend von den im Gesetz geregelten Voraussetzungen erteilt werden.

## Impressum

Herausgeberin:  
Landesarbeitsgemeinschaft  
der kommunalen  
Migrantenvertretungen  
Nordrhein-Westfalen  
(LAGA NRW )  
Helmholtzstr. 28  
40215 Düsseldorf  
Telefon: 0211 / 994160  
Fax: 0211 / 9941615  
e-Mail: [info@laga-nrw.de](mailto:info@laga-nrw.de)  
[www.LAGA-NRW.de](http://www.LAGA-NRW.de)

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgeforderte zugesandte Beiträge zu kürzen.

Redaktion:  
Ercan Atay, Filippo Giletti,  
Tayfun Keltek, Ercan Öztaskin,  
Franz Paszek, Siamak Pourbahri,  
Engin Sakal, Enver Sen,  
Susana dos Santos Herrmann.  
(redaktionelle Koordination)  
Bernd Schälte (Fotos Seite 1 & 2)

V.i.S.d.P.: Franz Paszek,  
Geschäftsführer der LAGA NRW

Herstellung:  
Susana dos Santos Herrmann, Köln  
Druck: Druckhaus Süd, Köln